

PRESSEMITTEILUNG

Stellungnahme des AStA der Universität zu Lübeck zum Sparkonzept des Präsidiums der Universität

Der AStA der Universität zu Lübeck spricht sich grundsätzlich gegen Einsparungen im Bildungsbereich aus und insbesondere gegen die Reduzierung von Medizinstudienplätzen. Aus diesem Grund lehnt die Studierendenschaft das Alternativkonzept des Präsidiums entschieden ab.

Schon die Zusage, ein alternatives Sparkonzept zu erarbeiten, sieht die Studierendenschaft als großen Fehler, denn sie legitimiert eine illegitime Art von Politik. Es ist nicht die Aufgabe eines Unipräsidenten, Sparvorschläge für inkompetente Politiker zu erarbeiten, damit diese ihren Kopf aus der Schlinge ziehen und den Schwarzen Peter weiterreichen können. Das Ministerium hat keine belastbaren Zahlen vorgelegt. De facto ist nicht gesichert, dass durch den Sparplan der Landesregierung 26 Mio. Euro eingespart werden können.

Der AStA der Universität zu Lübeck ist sich der schwierigen Finanzlage von Bund und Ländern bewusst. Dennoch verwehrt er sich der verqueren und gefährlichen Logik, dass eine Politik, die noch vor wenigen Monaten Steuererleichterungen (z.B. Wachstumsbeschleunigungsgesetz) beschlossen hat, über die desolante Haushaltslage belehrt und damit Bildungsabbau und Uni-Schließungen rechtfertigt. Der AStA fordert spürbare Anstrengungen und den Willen, die Zukunft in Schleswig-Holstein durch eine sinnvolle Bildungspolitik zu sichern.

Der Alternativvorschlag beruft sich auf die Erichsen-Kommission. Diese schlug vor, die Medizinstudienplätze auf 160 pro Semester einzufrieren. Tatsächlich sind es allerdings 240 Plätze, für die 80 zusätzlichen Studierenden wurden die Mittel jedoch nie erhöht. Verringert man die Studierendenzahl bei gleichzeitiger Budgetkürzung wird der ohnehin zu niedrige Etat weiter gesenkt. Die 160 verbleibenden Plätze wären nicht im Sinne der Kommission finanziert.

Das „Modell einer personenbezogenen Kapazitätsbegrenzung“ von Studienplätzen hält die Studierendenschaft für überfällig und dringend notwendig. Die Studierendenschaft wünscht sich eine einvernehmliche Lösung zwischen Universität und UKSH.

Die Idee, mehr Autonomie durch die Einführung einer Stiftungsuniversität, wie sie im Alternativkonzept vorgesehen ist, zu erreichen, begrüßt die Studierendenschaft. Voraussetzung für die Zustimmung zu diesem Konzept ist allerdings, dass die neugewonnene Freiheit nicht dazu missbraucht werden kann, Studiengebühren einzuführen. Studiengebühren sieht die Studierendenschaft als prinzipiell sozial unverträglich an. Schleswig-Holstein will mit Kürzungen an der Universität zu Lübeck seinen Haushalt konsolidieren. Studiengebühren würden letztendlich genutzt werden, um Teile dieser Kürzungen zu kompensieren.

Wir weisen darauf hin, dass das Land nach eigenen Angaben derzeit mit dem Bund darüber verhandelt, ob dieser sich an der Finanzierung der Medizinstudienplätze beteiligt. Hier muss schnell eine tragfähige Lösung präsentiert werden, um die Kürzungssumme insgesamt zu minimieren.

Es gilt daher immer noch, wofür am 16. Juni 14.000 Menschen in Kiel auf die Straße gingen. Der AStA der Universität zu Lübeck steht weiterhin gemeinsam mit den Studierenden des Landes gegen jegliche Kürzungen im Bildungsbereich und für eine langfristige Zukunftsperspektive Schleswig-Holsteins.